

Hendrik Puls

Antikapitalismus von rechts

Der »Raubtierkapitalismus« und die »soziale Frage« sind keinesfalls nur bei Linken zentrale Diskussionsthemen. Längst hat die Rechte dieses Feld für sich entdeckt, allerdings unterscheiden sich die Ursachenanalysen und Schlussfolgerungen natürlich fundamental. Die »Kritik« der Rechten ist antisemitisch grundiert, die »Lösungen« sind rassistisch.

Hendrik Puls

ist Soziologe und arbeitet im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Seine Forschungsschwerpunkte: Neonazismus, extrem rechte Wahlparteien und rechte Jugendkulturen. In Kürze erscheint im Verlag *edition assemblage* Münster: *Antikapitalismus von rechts? Sozial- und wirtschaftspolitische Positionen der NPD.*

In Deutschland hat sich, anders als in den westeuropäischen Nachbarländern, keine rechtspopulistische Partei etablieren können. Die erfolgreichste Partei der extremen Rechten ist die NPD, die sich völkisch-nationalistisch argumentierend als »radikale Alternative« zum Bestehenden inszeniert und sich dabei immer wieder positiv auf den historischen Nationalsozialismus bezieht.

Doch die vergangenheitsorientierten Themen sind besonders im Wahlkampf von sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen verdrängt worden. »Die soziale Frage ist das politische Schlachtfeld, auf dem sich die Zukunft der nationalen Opposition und damit des deutschen Volkes entscheidet«, glaubt Jürgen Gansel, einer der einflussreichsten Vordenker der Partei, und zeichnet damit den Kurs vor, den die NPD-Politik einschlagen soll. Der Historiker gehörte 2004 zu den ersten NPD-Mitgliedern, die nach 40 Jahren parlamentarischer Abwesenheit wieder für die NPD in einen deutschen Landtag gewählt wurden. Die sächsische NPD hatte unter der Parole »Quittung für Hartz IV« 9,2 % der Wählerstimmen auf sich vereinen können. Sie profitierte von der verbreiteten Unzufriedenheit über die als »Agenda 2010« bezeichnete Arbeitsmarktreform und der ge-

stiegenen Akzeptanz ihrer rassistischen Lösungsvorschläge. Fortan wollte die NPD unter der Parole »Sozial geht nur national« an diesen Erfolg anschließen.

Im Rahmen einer Inhaltsanalyse von Artikeln aus der Parteizeitung *Deutsche Stimme* (DS) der Jahrgänge 1998 bis 2010 habe ich die sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen analysiert.

Beim Blick in die Parteiprogramme der NPD fällt zunächst das Bekenntnis zum »freien Unternehmertum« auf. Im neuen, seit 2010 gültigen Parteiprogramm »Arbeit. Familie. Vaterland«, in dem sich umfangreicher als zuvor zur Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik geäußert wird, heißt es: »Die NPD bekennt sich zu einem freien, aber sozial verpflichteten Unternehmertum als Eckpfeiler einer solidarischen Wirtschaftsordnung.« Heimische und mittelständische Unternehmen seien vor »global agierenden Großkonzernen« zu schützen sowie die »überwiegend mittelständische Struktur unserer Volkswirtschaft zu stärken«. Zugleich beklagt die NPD, dass große Teile der »Wirtschaftseliten« sich ihrer nationalistischen Verpflichtung entziehen würden. Während diese von Aktienboom und steigenden Gewinnen profitierten, ginge »der kleine Mann« leer aus. Dieses moralische Fehlverhalten sei auch auf das »ordnungspolitische Vakuum« der Bundesrepublik zurückzuführen, das den »Raubtierkapitalismus der Gegenwart heraufgezüchtet« habe (Arne Schimmer). In einer »moralisch intakten Gesellschaft« fühle sich der Unternehmer für seine Angestellten und sein soziales Umfeld verantwortlich. Da er aber auch unter dem

»Zwang der Märkte« agieren müsse, sei eine staatliche Ordnungspolitik notwendig. Dem Staat komme die Aufgabe zu, die zahlreichen Mängel »marktwirtschaftlicher Ordnungen« zu mildern. Das Bekenntnis zum freien Unternehmertum wird mit der Forderung der Führung der Volkswirtschaft durch den Nationalstaat verbunden. Das Privateigentum wird hingegen nicht in Frage gestellt.

Grundsätzlich unterscheidet die NPD zwischen zwei Typen von Unternehmern. Dem schaffenden, deutschen Unternehmer stellt sie den global tätigen Kapitalisten gegenüber, der »der personifizierte Antinationalist, der überall und nirgends zu Hause ist und weder Vaterland noch nationale Solidarität kennt« (Gansel).

Andere von der NPD verwendete Begriffe wie »Globalisierer«, »Hochfinanz«, »Geldmächte«, »Plutokraten« oder »Wallstreet-Strategen« verweisen noch deutlicher auf das sprachliche Arsenal des modernen Antisemitismus, der sich, aufbauend auf dem vormodernen, religiös begründeten Judenhass, zu einem umfassenden Modell der Welterklärung entwickelte und die Juden sowohl als Verursacher und Profiteure wie heimliche Lenker des Kapitalismus identifizierte. Nicht immer bemühen sich NPD-Autoren ihren Antisemitismus zu codieren. Das DS-Redaktionsmitglied Thoralf Trenkmann schrieb 2004 in einem Artikel, »die Schlüsselstellung von Juden in den privaten und staatlichen Machtzentralen des Weltkapitalismus« sei eine »schlichte Wahrheit«. Jürgen Gansel definiert die als existenzielle Bedrohung des Nationalstaates und des »deutschen Volkes« wahrgenommene »Globalisierung« als das »planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter Führung des Großen Geldes«: »Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortslos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.« Die antisemitische Personalisierung verbindet

sich mit dem Feindbild USA, die als Stützpunkt der »Hintergrundmächte« bezeichnet werden und als »Anti-Nation« das Gegenprinzip zum angestrebten völkisch-homogenen Nationalstaat verkörpern sollen.

Auch für die NPD ist die bereits von den historischen faschistischen Bewegungen behauptete Trennung eines »schaffenden Industriekapitals« und eines »raffenden Finanzkapitals« zentral (vgl. Joachim Bons: *Nationalsozialismus und Arbeiterfrage*, 1995), wobei letzteres als dem »deutschen Volk« feindselige Macht verstanden und mit den Juden personalisiert wird. Dieser falschen Aufspaltung folgt ein spezifischer Ausbeutungsbegriff. Ausbeutung finde nicht in der Sphäre der Produktion durch die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitaleigentümer statt, sondern in der Zirkulationssphäre des Kapitals, das heißt im (Welt-)Handel oder im Kredit. Deshalb seien auch nicht in erster Linie Lohnabhängige von Ausbeutung durch Unternehmer betroffen, sondern beide Gruppen seien gleichermaßen dem »Finanzkapital« ausgeliefert. Beide seien Opfer einer ihnen fremden und feindseligen Macht. Letztlich hindere der Druck des »Finanzkapitals« das »schaffende Kapital« daran, seiner Funktion, Wohlstand für die gesamte Volkswirtschaft zu generieren, gerecht zu werden. An diesen Gedankengang schließt sich ein spezifisches Verständnis von Arbeit an. Sowohl Lohnarbeit als auch Unternehmenstätigkeit gelten als »schaffende Arbeit«, der das »mühevolle Einkommen«, das sich aus Renditen und Zinsen speise, gegenüber gestellt wird. Die Kritik der NPD lässt zentrale Merkmale kapitalistischer Produktionsweise wie Privateigentum, freies Unternehmertum, Lohnarbeit und den Markt als zentrale Instanz des Warentausches unberücksichtigt.

In den Jahren unter dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt hat die NPD ihr sozial- und wirtschaftspolitisches Profil stetig erweitert. Soziale Einschnitte lehnt die

NPD ab und wirbt mit dem Umbau des Sozialstaates nach völkisch-rassistischen Kriterien: »Deutschen« wird versprochen, auch in Zukunft an den schwindenden materiellen und sozialen Ressourcen teilhaben zu können – und zwar auf Kosten der Nicht-Deutschen. Der »volksgemeinschaftlich organisierte« (Gansel) Sozialstaat zeichne sich durch die »Ethnisierung des Sozialen (*wir* Deutschen oder *die* Fremden)« aus. Der zentrale von der NPD verwendete Terminus, der die sozialpolitische »Inklusionsverheißung« (Frank Bajohr/Michael Wildt) benennt, ist »Volksgemeinschaft«. Der Begriff, von der Partei durchaus mit Verweis auf das NS-Regime verwandt, verweist darauf, dass weder ein Gleichheitsversprechen formuliert wird, noch dass alle im Staat lebenden Menschen Teil dieser Gemeinschaft werden können. Die soziale Sicherheit der »Deutschen« beruht vielmehr auf der Ausgrenzung und Entrechtung der Nicht-Deutschen und »Volksfeinde«. Ihnen wird weder ein Anspruch auf Sozialleistungen noch ein Existenzrecht zugestanden.

Die von der NPD angestrebte »Volks-

gemeinschaft« erfordert zugleich die Unterordnung des Einzelnen unter die Interessen des Staates. Sollten diese es erfordern, dass weniger Ressourcen für die soziale Sicherheit verfügbar sind oder sollte das Lohnniveau sinken, so ist dies widerspruchslos zu akzeptieren: »Das Versprechen ist nicht einfach steigender Wohlstand für alle Deutschen. Es ist nicht einmal so, daß keiner mehr auf Hartz IV-Niveau leben muß«. Vielleicht müssen zeitweise sogar noch mehr Deutsche auf niedrigerem Einkommensniveau leben«, prognostizierte die Publizistin Angelika Willig in einem Beitrag in der *DS*.

Die Kapitalismuskritik der NPD fußt auf antisemitischen Vorstellungen und präsentiert rassistische »Lösungen« für soziale Missstände. Die Ablehnung von Einschnitten bei den Sozialleistungen nutzt die NPD als populistische Forderung im Wahlkampf. Doch der »Sozialstaat« der NPD stellt nicht nur ein rassistisches Apartheidregime dar, sondern bedeutet auch einen Rückschritt hinter den Stand der sozialen Leistungen nach den Reformen der »Agenda 2010«. ■

Sebastian Dullien

Guter Kapitalismus und Weltfinanzmarktdominanz – ein klarer Widerspruch

Der Begriff »guter Kapitalismus« löst bei vielen Progressiven zunächst Widerwillen aus: Wie kann denn Kapitalismus gut sein, wo er doch regelmäßig Krisen produziert, zu massiver Ungleichheit führt und Ausbeutung von Mensch und Umwelt fördert?

Sebastian Dullien

(* 1975) ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Er ist Mitautor des Buches *Der gute Kapitalismus* (transcript Verlag).

sebastian.dullien@htw-berlin.de



Sicher, der Kapitalismus hat viele hässliche Gesichter, von dem Elend, das schon Karl Marx in seiner Kritik an dieser Wirtschaftsordnung beschrieb, bis hin zu der Armut, Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit in unserer heutigen Gesellschaft. Doch diese Probleme sind nicht zwingender Bestandteil des Kapitalismus.